

**Bochumer Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges •
RuhrEcho Verlag • Soziale Liste Bochum • DKP Bochum
p. A.: Günter Gleising, Op de Veih 66, 44869 Bochum**

Bochum 17. August 2006

INFORMATION FÜR DIE PRESSE

Für 55 Bürger in Bochum und Wattenscheid 44 Jahre Gefängnis

Diskussion über das KPD-Verbot

Am 17. August wurde die KPD verboten. Auch in Bochum und Wattenscheid besetzte die Polizei die Parteigeschäftsstellen, versiegelte diese. Am nächsten Tag teilten die Oberstadtdirektoren der beiden Städte den vier Bochumer und drei Wattenscheider Ratsmitgliedern die Aberkennung ihrer Mandate mit. Im Zusammenhang mit dem sogenannten Kalten Krieg und dem KPD-Verbot vor 50 Jahren wurden zahlreiche Bürger vor Gericht gestellt, verurteilt und ins Gefängnis geworfen. Eine erstmals zusammengestellte unvollständige Erfassung von Gerichtsurteilen ergibt für Bochum und Wattenscheid bei 55 Bürgern, meist Kommunisten, oder die, die man dafür hielt, eine Gesamtstrafe von 44 Jahren und 8 Monaten. Im Durchschnitt wurde jeder Verurteilte mit 9, 8 Monaten Gefängnis bestraft. Diese Gesinnungsjustiz der Adenauer-Ära, die erst im Zuge der politischen Veränderungen Ende der 1960er Jahre beendet wurde, ist bis heute nicht aufgearbeitet. Es erfolgte keine Rehabilitierung und Entschädigung.

Aus Anlass des 50. Jahrestags des KPD- Verbots fand am Montagabend im überfüllten Saal des „Königshofes“ eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Zeitzeugen und Publizisten statt. Neben der persönlichen Betroffenheit und Prägung durch zwei Jahre und drei Monate Gefängnishaft in einer Einzelzelle wies Zeitzeuge Gerd Deumlich (Essen) auf die politischen Hintergründe des Verbots hin. „Es ging vor allem darum, den Kurs der Remilitarisierung und der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse in der Bundesrepublik, wie er von Adenauer betrieben wurde, durchzusetzen“, so Deumlich. Klaus Kunold (Bochum) verbrachte ein Jahr und drei Monate im Gefängnis, zeitweise zusammen mit Gerd Deumlich in der Bochumer Krümmede. Auch ihm wurde vorgeworfen, mit der Verbreitung von Schriften und Flugblättern „die bestehende Ordnung in der Bundesrepublik zu untergraben“. Die Vorwürfe in den Gerichtsverfahren waren dabei immer gleich, erläuterte Deumlich: „Rädelsführerschaft“, „Geheimbündelei“ und „Staatsgefährdung“. „Der Inhalt der Schriften von uns damals war auf die Erhaltung des Friedens, die Verhinderung der Atomrüstung und den Erhalt der deutschen Einheit gerichtet. Dafür sind wir in den Knast gegangen“.

Der Publizist Jürgen Bargmann wies auf die Globalstrategie der USA im Kalten Krieg und die damit einher gehende Kommunistenhysterie als Vorbild für die Maßnahmen der Adenauerregierung hin. Die über 60 Veranstaltungsteilnehmer kamen überein, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen und Folgeveranstaltungen zu organisieren. Aus der lebhaften Diskussion haben sich erste Themenvorschläge entwickelt, etwa die Frage „demokratische Grundrechte im Grundgesetz und das KPD-Verbot“, „die Verfolgung von Kommunisten auf dem Bochumer Verein“ oder die Frage der Rehabilitierung.